



Sessionsbericht Grosser Rat **Februarsession 2009 (9. bis 11.2.2009)**

Die vergangene Session wurde mit der Justizentflechtung, dem Polizeibericht und der Ethik-Initiative von drei wichtigen Geschäften geprägt.

Die Aufgabenentflechtung bei der Justiz war schon in der Oktober-Session ein zentrales Thema. Das Bundesrecht zwingt die Kantone, bis anfangs 2011 neue Lösungen für die Umsetzung der Straf- und der Zivilprozessordnung zu finden. Für unseren Kanton bedeutet dies, dass den Kreisen die richterlichen Aufgaben weggenommen werden müssen. Dieses Vorhaben der Regierung stiess bei den Kreispräsidentinnen und -präsidenten sowie bei einem namhaften Teil des Grossen Rates auf Widerstand. Man befürchtete, dass damit die Existenz unserer Kreise in Frage gestellt sei. Um der Regierung Gelegenheit zu geben, ihre Absichtserklärung zur Justizreform und zu den künftigen Aufgaben der Kreise zu konkretisieren, wurde das Geschäft damals auf Antrag unseres Fraktionschefs Reto Nick an die Kommission zurückgegeben.

Dieser Entscheid erwies sich als einzig richtig. Die intensiven Abklärungen und Verhandlungen, unter anderem auch mit dem Verband der Bündnerischen Kreispräsidentinnen und Kreispräsidenten, ergaben neue und gute Grundlagen. Die Justizkommission unter der Leitung unseres Fraktionskollegen Dr. Ruedi Kunz konnte sich damit erneut mit Überzeugung für die Justizreform aussprechen. Nach nochmaligen ausgedehnten Diskussionen folgte der Grosse Rat dem Antrag von Kommission und Regierung und hiess die Justizentflechtung mit 78 zu 38 Stimmen gut. Der Grosse Rat wie auch unsere Fraktion äusserten damit grossmehrheitlich ihre Überzeugung, dass die Existenz der Kreise mit diesem Entscheid nicht gefährdet sei.

Eine breite Debatte ergab sich auch zum Polizeibericht 2010. In den letzten Jahren zeigten sich immer wieder Unklarheiten darüber, wie der gesetzliche Auftrag der Kantonspolizei umgesetzt werden solle und wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür erforderlich sind. Im Auftrag von Rat und Regierung erteilte deshalb damals noch unser Regierungsrat Dr. Martin Schmid den Auftrag für die Erarbeitung des Polizeiberichts 2010. Der Bericht kam zum Schluss, dass die Kantonspolizei für die Erfüllung ihrer Aufgaben in einem ersten Schritt 33 zusätzliche Mitarbeitende und später voraussichtlich nochmals 10 weitere Polizistinnen oder Polizisten benötige.

Diese Feststellung stiess nicht nur auf Zustimmung. Zwar sprach sich die Justizkommission mit einigen Auflagen und Einschränkungen für die Schaffung von 33 neuen Stellen aus. Die GPK machte in ihrem Mitbericht demgegenüber geltend, dass der Bedarf nach diesen Stellen zu wenig nachgewiesen sei. Vorerst seien die Möglichkeiten zu betrieblichen Optimierungen zu prüfen; zudem sei im Licht der Finanz- und Wirtschaftskrise die Entwicklung der Kantonsfinanzen abzuwarten. Sie schlug deshalb vor, vorerst nur 20 neue Stellen vorzusehen. Diese Haltung der GPK veranlasste unseren Fraktionskollegen und GPK-Mitglied Urs Marti, diesen Vorschlag als Antrag einzubringen. Der Grosse Rat konnte sich damit aber nicht befreunden. Er lehnte den Antrag Marti ab und nahm den Bericht mit 74 zu 17 Stimmen zur Kenntnis. Damit ist der Weg für die Schaffung von 33 neuen Polizeistellen frei.

Einen wahren Diskussions-Marathon mit über 30 Sprechenden ergab sich zur Ethik-Initiative. Die von den Jusos und den Jung-Freisinnigen eingereichte Initiative sieht vor, dass der Religionsunterricht in der Volksschule abgeschafft und durch zwei Wochenstunden Ethik-Unterricht während den neun Volksschul-Jahren ersetzt werde. Die Regierung stellte Antrag, die Initiative abzulehnen, und unterbreitete unter der Bezeichnung „Modell 1+1“ einen Gegenvorschlag, wonach künftig von der Volksschule eine obligatorische Wochenstunde Ethik und von den Landeskirchen weiterhin eine Wochenstunde Religion unterrichtet werde.

Die unter der Leitung von FDP-Grossrätin Susanne Krättli-Lori stehende Bildungs-Kommission unterstützte mit einer Gegenstimme die Haltung der Regierung. In der Diskussion wurde von vielen Sprechenden darauf hingewiesen, dass die christlichen Grundwerte für unsere Kultur und unsere Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind und unseren Kindern deshalb weiterhin vermittelt werden sollten. Im Vorschlag der Regierung erkannten sie einen annehmbaren Kompromiss zwischen diesem Anliegen und dem ebenfalls wichtigen Anliegen nach der Vermittlung von ethischem Grundwissen. Der Grosse Rat schloss sich dieser Haltung an; er empfiehlt mit Blick auf die Volksabstimmung die



Ethik-Initiative mit 76 zu 6 Stimmen zur Ablehnung und das Modell 1+1 mit etwa dem gleichen Stimmenverhältnis zur Annahme.

Weniger Zeit beanspruchten zwei weitere Vorlagen. Der Initiative für die Bündner Fachschule für Pflege in Ilanz konnte der Rat mehrheitlich nichts abgewinnen, weshalb er sie der Volksabstimmung zur Ablehnung empfiehlt. Demgegenüber genehmigte er auf Empfehlung einer Ad-hoc-Kommission unter der Leitung von FDP-Grossrat Christian Hartman mit grossem Mehr die Fusion der Bergeller Gemeinden.

Weiter wurden wie in jeder Session zahlreiche Vorstösse behandelt. Ratskollege Leo Thomann beklagte, dass romanisch sprechende Schüler bei der Aufnahme in die Mittelschulen benachteiligt seien, fand mit seinem Anliegen aber keine Mehrheit. Auch FDP-Grossrätin Annemarie Perl, welche sich nach der Schaffung von Rechtsgrundlagen für Talentklassen erkundigte, fand kein Gehör, zu ihrem Bedauern, gibt es derartige Talentklassen doch schon in verschiedenen Kantonen und sie wären für junge Sportler und künstlerisch begabte Jugendliche von grossem Nutzen. Erfreulicherweise unterstützt der Kanton nun aber doch einen entsprechenden Versuch im Raum Ilanz mit einem Kostenbeitrag. Christian Jenny wünschte, dass eine Machbarkeitsstudie für einen Bahntunnel Schanfigg – Davos erstellt werde, und erreichte die Zusage, dass dies unter gewissen Voraussetzungen näher geprüft werde. Demgegenüber erhielt Michael Pfäffli auf seine Frage nach der Schwarzarbeit im Kanton eine wenig befriedigende Auskunft.

Einen besonderen Erfolg erzielte Grossrat Markus Feltscher. Er machte dem Rat mit einem Antrag auf Direktbeschluss beliebt, dass beim Bund eine Standesinitiative zur Förderung der energetischen Sanierung von älteren Bauten mit steuerlichen Anreizen. Mit 56 zu 20 Stimmen stimmte der Rat diesem Antrag erfreulicherweise eindeutiger als erwartet zu.

Peter Wettstein, Domat/Ems